



## **BfR: Streit um Risiken von Glyphosat**

Bericht: Andreas Rummel

Im Berliner Büro von FragDenStaat. Ziel der Organisation: staatliches Handeln transparent zu machen. Vor zwei Jahren veröffentlichte FragDenStaat dasselbe Dokument des Bundesinstituts für Risikobewertung, kurz BfR, das wir schon vier Jahre vorher veröffentlicht hatten. Und – wurde ebenfalls verklagt. Das Verfahren ist inzwischen in der zweiten Instanz.

### **Arne Semsrott, FragDenStaat**

**„Wir sollen hier 1.242 Euro zahlen, und dazu noch sämtliche Kosten des Rechtsstreits. Und das sind inzwischen ein fünfstelliger Euro Betrag, und das ist auf jeden Fall etwas, was wir uns als gemeinnützige Organisation so einfach nicht leisten können!“**

Fragt sich, warum FragDenStaat diesen Ärger auf sich nimmt. Lohnt sich das wegen eines mittlerweile mehr als fünf Jahre alten Dokuments?

### **Frage: „Was ist an dem Papier wichtig?“**

**S: „Das Wichtige an diesem Papier ist, dass es letztlich die Grundlage ist für eine öffentliche Diskussion um den Einsatz von Glyphosat. Weil das die erste und zentrale deutschsprachige Ausarbeitung zu dieser Frage ist von einer Behörde. Und die gehört an die Öffentlichkeit!“**

Dieser Meinung waren auch wir, als wir 2015 über das Thema berichteten. Der Streit, ob das Pflanzengift Glyphosat krebserregend ist, war kurz zuvor durch eine Bewertung der Krebsforschungsagentur der WHO, kurz IARC, angeheizt worden. Diese stufte Glyphosat in die zweithöchste Stufe ein: als „wahrscheinlich krebserregend für den Menschen“. Doch die europäischen Behörden folgten dem deutschen BfR und entschieden: nein, Glyphosat sei wahrscheinlich nicht krebserregend. Und der Präsident des Bundesinstituts wurde nicht müde, Vorzüge und Harmlosigkeit des Pflanzengifts zu preisen. So auch in Brüssel.

### **Prof. Andreas Hensel, Präsident des BfR**

**„Glyphosat ist die Schlüsselsubstanz zur Gentechnik, es ist das meist angewendete Pflanzenschutzmittel, es ist weltweit im Einsatz, es ist einfach, es anzuwenden, es ist fast nicht giftig!“**

Das jedoch ist die Frage. Das BfR stellte damals fest, in den Tierversuchen an Mäusen habe sich zwar in einer von fünf Studien eine Häufung von Krebs gezeigt, nämlich Lymphdrüsenkrebs – das sei aber nicht relevant, denn die anderen vier Studien hätten nichts gezeigt. IARC dagegen sah Krebshäufungen in gleich mehreren Mausstudien –

**Hinweis:** Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für den privaten Gebrauch des Empfängers verwendet werden. Jede Verwertung ohne Zustimmung des Urheberberechtigten ist unzulässig.



woraufhin das BfR erneut prüfen musste. Das Ergebnis war erschütternd: Denn tatsächlich gab es zahlreiche Tumorhäufungen bei den Tieren, die Glyphosat ausgesetzt waren – mit bis zu drei verschiedenen Tumorarten in einer einzigen Studie. Und das BfR musste einräumen: Man hatte sich anfangs einfach auf die Studienberichte der Hersteller verlassen. Das war damals harsch kritisiert worden – auch von dem Toxikologen Peter Clausing, der zahlreiche BfR-Berichte analysiert hat.

### **Peter Clausing, Toxikologe**

**„Die Tatsache, dass Industriestudien blind übernommen wurden und einfach nur wiedergegeben wurden, das ist skandalös!“**

All das fand sich in der vergleichenden Auswertung des BfR – in englischer Sprache, auf rund 100 Seiten. Um die sechsseitige deutschsprachige Zusammenfassung zu bekommen, kann man inzwischen einen Antrag beim BfR stellen. Dagegen aber, dieses Dokument einfach zu veröffentlichen, wehrt sich das BfR seit Jahren mit teuren Klagen. Was die Bundestagsabgeordnete Anke Domscheit-Berg schon vor längerem zu einer Anfrage an die Bundesregierung veranlasste.

### **Anke Domscheit-Berg, Bundestagsabgeordnete**

**„Ich habe mich schon Ende 2018 gefragt, was kostet eigentlich so ein Verfahren? Habe die Bundesregierung offiziell angefragt und als Antwort erhalten, dass bereits über 80.000 Euro nur für das Verfahren gegen den MDR, Anwaltskosten und ähnliches, angefallen sind. / Das finde ich absolut unverantwortlich! Denn die Informationen, um die es geht, sind ja auch schon mit Steuergeld bezahlt worden. Und jetzt dafür noch mal Geld zu bezahlen, dass man sie der Öffentlichkeit vorenthält, das geht einfach nicht!“**

Dass durch dieses Agieren des BfR Schaden droht, schwant auch dem vorgesetzten Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. In einem internen Schriftstück geht es um die Rechtsstreitigkeiten des BfR mit dem MDR und FragDenStaat. Befürchtet wird ein Vertrauensverlust, es gehe um die Glaubwürdigkeit der Risikobewertung. Und: „Dieses Ziel vor Augen stellt sich die Frage, ob ... das Handeln des BfR im gegebenen Fall zielführend ist.“

Eigentlich ist das BfR unabhängig – um die Bevölkerung frei von politischer Einflussnahme über Risiken informieren zu können. Doch ausgerechnet diese Behörde hat bis heute deutlich mehr als 100.000 Euro an Steuergeldern ausgegeben, um gegen die Veröffentlichung eigener Dokumente zu klagen. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung vom März 2020 auf eine weitere Anfrage hervor.



**Arne Semsrott, FragDenStaat**

**„Wer soll den BfR noch glauben, wenn es tatsächlich vor Gericht zieht, um wissenschaftliche Ergebnisse von der Öffentlichkeit fernzuhalten? Das befeuert letztlich ein massives Glaubwürdigkeitsproblem für diese eigentlich so wichtige Behörde!“**

Mit dem Urteil des OLG Köln vom vergangenen Freitag hat der mehrjährige Rechtsstreit des BfR gegen den MDR vorerst sein Ende gefunden. Rechtskräftig ist es noch nicht, aber die Revision zum Bundesgerichtshof wurde nicht zugelassen. Ob sich durch diese juristische Niederlage allerdings etwas an der geistigen Haltung der Behörde ändert, ist offen.